

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 111 (1985)
Heft: 26

Illustration: [s.n.]
Autor: Stauber, Jules

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

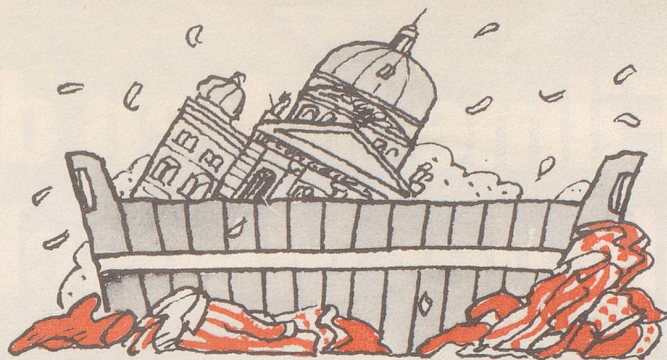
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie Schulklassen pflegen die Parlamentarier – fein säuberlich nach politischer Richtung getrennt – einmal im Jahr auszufliegen. Die CVP-Fraktion der Eidgenössischen Räte hatte sich für ihr Reisli den Jura ausgewählt ...

So weit, so gut. Schliesslich war die CVP von jeher der Gründung des neuen Kantons wohlgesinnt. Irgendwie kam es doch einigen komisch vor, als sie von den Bernabtrünnigen mit einer ... Berner Platte verpflegt wurden. Und dazu eine ziemlich lieblos gekochte! Als dann noch ein Burgunder mit bitterem Nachgeschmack kredenzt wurde, tagte es bei einigen: Das sollte sehr wahrscheinlich eine Retourkutsche sein für die CVP-Mithilfe im Ständerat, als die Amnestie für jurassische Polit-Täter massiv abgelehnt wurde. Nicht nur die Liebe geht durch den Magen ...



Auf der Ausfahrt der Freisinnigen fragte da ein Aussestehender einen höheren Bundesbeamten (– kennen Sie



Bundeshuus-Wösch

etwa einen tiefen?) nach dem Amtsgebaren der ersten Frau im Bundesrat: Macht sie es recht? Stellt sie ihre «Frau»? Hat sie ihr Departement im Griff? «Ob sie ihre Arbeit meistert? Und wie!» kam es wie aus der Pistole geschossen. «Jedermann spricht nur noch von Boss Kopp ...» Dieser Apfel ist noch nicht reif zum Runterschütteln ...



Bei der «Schulreise» der SP-Fraktion (die Genossen weilten im Greyerzerland) wurde die gute Laune getrübt durch eine Rede: Der Fribourger SP-Regierungsrat Félicien Morel erging sich nicht in den bei solchen Anlässen üblichen launigen Honneurs, sondern holte zu einer fulminanten Philippika über den Zustand der Sozialdemokratischen Partei aus und wie derselbe zum Guten verändert werden könnte. «Unpassend» war der mildeste Kommentar, den man nach diesem rhetorischen Salto (mortale?) zu hören bekam.

Tatsächlich aber hirnt die SP zurzeit über ihre Identität. Ist sie nach wie vor die klassische Arbeiterpartei? Soll sie sich grün einfärben? Wie stellt sie sich zur Marktwirtschaft? Nationalrat Moritz Leuenberger, Zürich, weiss: «Die SP hat im Moment kein unverwechselbares Im-

ge.» Wohin die SP steuert, ist noch nicht klar, wo sie sich zurzeit befindet, schon eher: Die alte SP gebe es nicht mehr (frühere Wähler wenden sich ab), die neue habe noch zu wenig Konturen (ungenügende Mobilisation neuer Wähler). Das sieht ganz nach politischem Nirwana aus.



Dieses Jahr blieben sie vorsichtig, die Bauern beim jährlichen Preis poker für ihre Produkte. Der Paritätslohnvergleich mit Arbeitnehmern in Industrie und Gewerbe habe eindeutig ergeben, dass weitergehende Preisbegehren berechtigt wären. Angesichts der Überschussituation auf dem Milch- und Fleischmarkt wusste man aber, dass es politisch klüger war, bescheiden zu bleiben. Und nicht mal diese zurückhaltenden Forderungen der Bauern hat der Bundesrat nun erfüllt. Über solch «marktpsychologisches» Vorgehen sind die Vertreter der Scholle und Weide nun natürlich enttäuscht. Der Bundesrat dagegen macht geltend, sein geringes Nachgeben gegenüber den Preisbegehren bringe der Bundeskasse Zusatzkosten von «nur» 30 Millionen Franken. Der Konsument werde davon kaum betroffen. Für das, was im Laden nun nicht mehr bezahlt werden muss, mag dies zutreffen. Das Geld aus der Bundeskasse – stammt denn dies nicht auch zum grossen Teil von den Konsumenten, die meistens ja auch Steuerzahler sind? ...

Lisette Chlämmerli

Entweder – oder – oder

Der Ständerat hat nur knapp mit drei Stimmen Mehrheit der Aufgliederung des koordinierten öffentlichen Verkehrs in ein nationales und ein regionales Netz zugestimmt und damit dem Herzstück der neuen Koordinierten Verkehrspolitik um ein Haar das Grab geschaufelt. – Entweder haben die Kantonsvertreter kein Vertrauen in die Kantone, oder die Förderalisten wollen auch in Zukunft nicht leben ohne den Fédéralismus des Bundes-Manna, oder im Stöckli zieht eine knappe Minderheit die Nierensteine einer unkoordinierten Verkehrsvergangenheit dem Herzstück einer geordneten Verkehrszukunft vor.



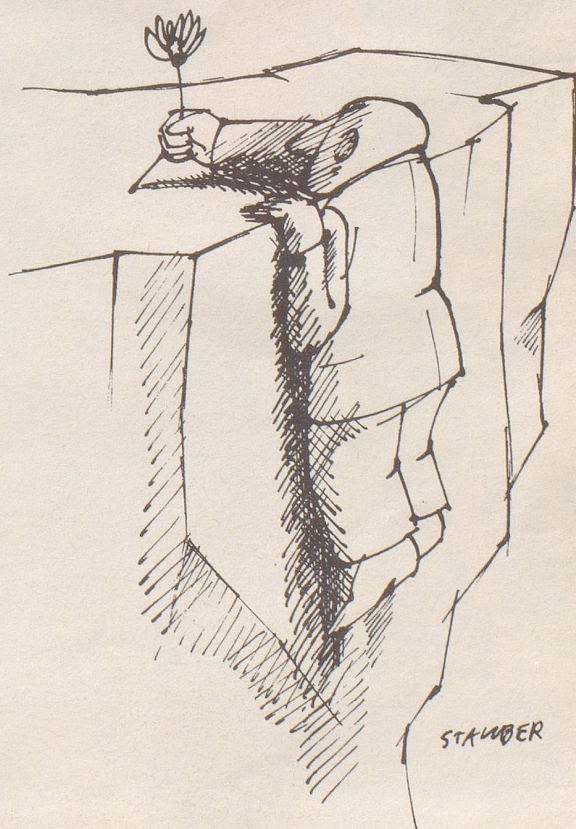
Bundesrat Leon Schlumpf hat bei der Beratung des Geschäftsberichtes im Nationalrat das Deutschschweizer Fernsehen gegen die Proteste im Zusammenhang mit der Brüsseler Fussballtragedie in Schutz genommen. – Entweder ist für den zuständigen Minister eine Feuerwehr, die zwar zehnmals ausrückt, aber beim zehnten Mal den Grossbrand verschläft, noch immer eine gute Feuerwehr, oder er versteht es als ehemaliger Preisüberwacher und Wettbewerbsbeobachter, mittels der Saldo-Methode, die da Vor- und Nachteile aufrechnet, auch Schlimmes zu überdecken, oder er ist einfach ein Fan von Hans A. Trabers Natur-Sendungen.



Der Bundesrat hat den Schweizerischen Nationalfonds mit der Durchführung eines 12 Millionen schweren Nationalen Forschungsprogramms zur Ergründung der nationalen und kulturellen Identität des Schweizer Volkes beauftragt. – Entweder wissen die Schweizer trotz der 137 Jahre Bundesstaat und trotz der 694 Jahre Eidgenossenschaft immer noch nicht, wer sie sind, oder der Bundesrat weiss es noch nicht, oder man hat in Bern einfach zuviel Geld.



«Jeder Schweizer hat auch in Zukunft das Recht, sich und seinen Rasen zu beschneiden, wie er will.» So antwortete Bundesrat Egli auf eine geharnischte Intervention des Thurgauer Nationalrates Mühlemann zur Rasen-Empfehlung des Bundesamtes für Umweltschutz. – Entweder dachte Egli vor allem an seine eigene Haarpracht, oder er nahm Rücksicht auf die Rasenpracht um Mühlemanns thurgauisches Ausbildungszentrum der Bankgesellschaft, oder der Umweltminister bedachte nicht, dass die Beschneidung nicht zu den Usanzen der schweizerischen Urbevölkerung gehört.



STAUDER